



AFRIKA/MALAWI - Bischöfe: „Die 20% der Einwohner, die wohlhabenden sind, schweigen angesichts der Not der armen Mehrheit“

Lilongwe (Fidesdienst) - Die Bischöfe von Malawi begrüßen die Lösung des Konflikts zwischen der Regierung und den staatlichen Beamten, die eine Lohnerhöhung um 67% forderten. Die Proteste hatten zu zahlreichen Unannehmlichkeiten für die Bürger geführt. Die Regierung stimmte nun einer Lohnerhöhung von 61% für niedrige Gehaltsklassen und 5% für hohe Gehaltsklassen zu.

In einer Erklärung der bischöflichen Justitia et Pax Kommission, die dem Fidesdienst vorliegt, erinnern die Vertreter der katholischen Kirche in Malawi an den Ursprung des Gehaltsstreits, wobei sie sich auch zur anhaltenden Wirtschaftskrise im Land äußerten. In dem Dokument beklagen die Bischöfe, dass die Entscheidung für eine fluktuierende Währung und die Anbindung der Treibstoffpreise an die internationalen Märkte zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung geführt habe.

Die Bischöfe üben auch Kritik an anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung, darunter die Bevorzugung gewisser Investitionen im Vergleich zu anderen. Diese wirtschaftlichen Maßnahmen, so die Justitia-et-Pax-Kommission, hätte zu einem Bruch in der Gesellschaft geführt. „In Malawi verfestigt sich eine Gesellschaftsform, in der 80% der Bevölkerung um das Überleben kämpft und auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen ist, für die kein Geld zur Verfügung steht; während die restlichen 20% sich private Dienstleistungen im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens und der Sicherheit leisten können“, heißt es in dem Dokument. „Diese 20% sind passiv und gleichgültig und schweigen angesichts der schlimmen Lebensumstände und der Not der armen Mehrheit“. (LM) (Fidesdienst, 25/02/2013)

> LINKS

Dokument der Bischöfe im Wortlaut (Englisch): http://www.fides.org/eng/documents/Press_Release-Final_by_CCJP.pdf: